

Volkszeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volkszeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der Preis, wozu sie entrichtet werden muss, beträgt 30 Cents. Bezugsbedingungen sind stets an die Geschäftsstelle für die kommende Woche zu stellen. Adressen der Anzeigen-Redaktion: Jahn-Str. 10, Halle a. S.

Die Anzeigen werden nach Rubriken-Listen berechnet; die Preise sind festzusetzen. Derzeitige Preise: Eine Spalte 10 und große Druckbuchstaben 17. Schriftgröße: Casse- und Buchstaben. „Vollständige Adressen“. Druck-Redaktion: Danneberg-Reinhold-Verlag, Halle a. S., Postfach-Nr. 4659. Erscheinungsort u. Verlagsort: Halle a. S.

Sturm in der französischen Kammer.

Um das Ermächtigungsgesetz.

Erzette Zufälle in der französischen Kammer.
Paris, 6. Februar. Die gestrige Kammerkunft war reich an erregten Zwischenfällen. Als Poincaré ein Ermächtigungsgesetz vorlas und auf die Frage, von wem es herühre, mit den Worten antwortete: „Es entspringt den nächsten Gedankengängen eines Mannes (Cailiaux), der einst davon träumte, den Rubicon zu überschreiten“, brach im ganzen Hause ein aufsehenerregendes Lärm-Geräusch mit schreiender Stimme ein. Die radikal-sozialistische Partei ist nicht für die Gedanken, sondern die Taten ihrer Mitglieder verantwortlich.“ Darum erwiderte Poincaré ziemlich gereizt, ihm seien nie solche „nächste“ Gedanken eingefallen. Da sieht der Kommunist Lafont auf und ruft unermüdet nach Kriegsminister Maginot: „Und woran pflegen Sie Ihre Macht zu denken?“ Maginot: „Was wollen Sie damit sagen?“ Lafont: „Dass Sie die Hofnung einer gewissen Partei sind?“ Maginot: „Sie Scheu!“ Poincaré legt schließlich eine Rede fort, ist aber so abgelenkt, daß er des öfteren aussetzt und sich auch verächtlich wiederholen muß. Am einzelnen Laich der Ministerpräsident unter Hinweis auf verschiedene Präzedenzfälle nachzusehen, daß

seine Besichtigung habe sich selbst an die Arbeit gemacht, um ihr Land in seinen früheren Zustand und seine alte Stellung als fünfgrößtes Industrieland der Welt zurückzuführen. Belgien sei heute ein kleines und friedvolles Land mit einer hellen und glücklichen Zukunft.

Macdonalds aktive Politik.

Zur Zulassung Australiens und Deutschlands zum Völkerbund.
London, 6. Februar. Ramsay Macdonald hat jetzt beschlossen, nicht nach Paris zu gehen, um eine Unterredung mit Poincaré zu haben, da er zu beschäftigt ist, um mehrere Tage von London fernzubleiben zu können. Das Kabinett wird heute wieder eine Sitzung abhalten, um die Berichte der Komitees zu prüfen und zu besprechen, die diese über die Vorkriegsfrage und über die Arbeitslosigkeit aufgestellt haben.

London, 6. Februar. Der „Manchester Daily Dispatch“ veröffentlicht eine Unterredung mit Ramsay Macdonald, hinsichtlich der französisch-britischen Beziehungen erklärte der Premierminister: Die unglückliche und negative Stellung meiner Vorgänger ist zum großen Teil an den Verhältnissen selbst, die zwischen beiden Ländern sich ereignet haben. Damit ist es nun aus, Großbritannien wird es in Zukunft nicht dabei bewenden lassen, unglücklich den Ereignissen zu ausgeliefert zu sein. Ich bin überzeugt, daß unsere neue Haltung reich zu Ergebnissen führen wird. Macdonald fügte hinzu, daß Deutschland und Rußland sobald als möglich in den Völkerbund eintreten müßten. Die Aufnahme Australiens ergäbe vielleicht gewisse Schwierigkeiten, doch müßte man auf eine Zulassung Deutschlands ausdrücklich bestehen. Deutschland werde als Mitglied des Völkerbundes nach dem Grundsatz absoluter Gleichheit behandelt werden. Auf die Frage, ob er Erwägungen von französischer Seite beirräte: erwiderte der englische Premier im ruhigen Tone: Nein, ich glaube Deutschland wird als Mitglied in den Völkerbund aufgenommen, ohne daß wir auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Nach dem Daily Telegraph ist eine Anzahl hervorragender französischer Industrieller in London eingetroffen. Sie seien nicht in offizieller Mission, aber offenbar auf eine Anregung der französischen Regierung hingekommen, wohl um den Versuch zu machen, britische Industrielle und andere Londoner Persönlichkeiten für den Gedanken eines englisch-französischen Zusammenschlusses in der Behandlung der Rheine- und Ruhrindustrie, d. h. also in der Ausnutzung der sogenannten produktiven Flüsse, zu gewinnen.

London, 6. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Daily Telegraph meldet, daß die Arbeiterregierung zur Lösung der Sicherheitsfrage nicht einen französisch-englischen Pakt oder ein Bündnis, sondern die Entmilitarisierung des Landes unter Aufsicht des Völkerbundes vorschlagen werde.

Englisch-französische Einigung in der Pfalzfrage.

Separatistisches Mandatentwurf.

Paris, 6. Februar. Der englische Parlier Kolthoffler Lord Curzon hat im Laufe seines Londoner Aufenthaltes Ramsay Macdonald neue Vorschläge Poincarés zur Lösung des Rheinpfalzproblems mitgeteilt. Der französische Ministerpräsident wünscht in der Hauptsache, daß die interparitätische Rheinpfalzkommision zur Einsetzung einer neuen unparteiischen Verwaltungsschicht unter Aufsicht sowohl der Separatisten als auch der Nationalen strebe. Die diplomatische Mitarbeiter der Hoover-Agentur erzählt hierzu, daß sich die englische Regierung für die neuen Parlier Anregungen nicht erwärmen könne. Ramsay Macdonald bleibe vielmehr seiner bekannten Auffassung treu, nach der entweder der hager Schiedsgerichtshof oder der Völkerbund einen Schiedsspruch in dieser Frage fällen müßte.

Die „Agence Havas“ glaubt nach einer neueren Meldung zu wissen, daß die Verhandlungen zwischen der englischen und der französischen Regierung in der Pfalzfrage Gelegenheit wahrheitsgemäß eine Lösung auf der Grundlage des status quo bringen werden. Die von der Separatisten ausgewiesenen Beamten könnten sämtlich zurücktreten, die von den Franzosen verfügbare Ausweisungen würden einzeln nachgeprüft.

Die Separatisten haben nach Wiesbaden und Mainz nun auch geflern Worms geräumt und die grünweiße Flagge eingeholt. Die Separatisten und ein Teil der von ihnen vertrieben Arbeiterbesitzer unbehindert trotz des französischen Militärs und der französischen Gendarmerie in der Stadt Birmalens. Sie haben bei verschiedenen Firmen Kautomobilien beschlagnahmt, womit sie die gestohlenen Waren fortzuschleppen. Der Kaufmann Kling, Inhaber einer Lebensmittelgeschäftshandlung, legte sich zur Wehr, worauf die Wächter des Hausdars abdröckten und von dort in die Geschäftsräume eindringten. Später wurde Kling von den Separatisten verhaftet.

Der stellvertretende Regierungspräsident der Pfalz, Oberregierungsrat Jakob, der nach dem Separatisteneinmarsch von der separatistischen Regierung verhaftet worden war und seit dieser Zeit im Regierungsgeschehen in Speyer gehalten gehalten wird, verlangt wegen Erkrankung seines Vaters einen kurzen Urlaub. Die Separatisten verlangen eine Kaution von 1000 Goldmark und die Stellung zweier Geiseln, die für die Rückkehr von Oberregierungsrat Jakob sorgen sollten. Als mehrere Regierungsbeamte sich bereit erklärten, die Bürgschaft zu übernehmen, erwiderten die Separatisten, daß als Geiseln nur ganz hochgestellte Persönlichkeiten, wie z. B. der Bischof von Speyer und der Oberlandesgerichtspräsident der Pfalz in Betracht kämen, worauf Oberregierungsrat Jakob auf seinen Urlaub verzichtete. Sein Vater ist inzwischen gestorben.

Thüringen vor der Entscheidung!

Von unserem Thüringer Dr. M. Mitarbeiter.

Am 10. Februar finden in der Thüringer Landtag die Wahlen zum Landtag statt. Noch nie sind in Deutschland die Gegensätze zwischen Bürgertum und Marxismus so groß gewesen, wie diesmal in Thüringen. Die Schuld hieran trägt einzig und allein die Politik der sozialistischen Regierung, die ihre Einflimmernheit im Landtag fruchtlos zur Unterdrückung des Bürgertums ausnutzte. Thüringen hat in politischer Beziehung ähnliche Verhältnisse gehabt wie Sachsen. Hier wie dort die schon erwähnte geringe Landtagsmehrheit, die rücksichtslos im Parteinteresse ausgebaut wurde. Hier wie dort waren die paar Kommunisten die in Wirklichkeit Entscheidenden. Denn da die regierenden mehrheitssozialistischen Ministergenossen vom Vertrauen ihrer kommunistischen Brüder abhängig waren, mußten sie, ob wider bessere Einsicht, das Staatsbüßel radikal nach links steuern, wenn sie am Ruder bleiben wollten. Und das wollten sie doch gar zu gerne. Und endlich hier wie dort der große Stöckel, Zeigener in Sachsen, Hermann in Thüringen! Beschuldigung und Urkundenfälschung! Ein würdiger Minister für einen unruhigen Regierungsoffizier, die unter der Deckschirm „Massenfragen und Parteierfolge“ stehend erneut den Verweis erbrachte, daß die Sozialdemokratie unfähig ist, ein Land zu regieren.

Der Fall des thüringischen Innenministers Hermann, der in ganz Deutschland und weit darüber hinaus ungewöhnliches Aufsehen erregte, scheint sich allmählich zu einem Justizskandal alterer Ordnung auszubilden. Hermann wurde bekanntlich mit seinem intimen Schreiber, Regierungsassessor Kunze, unter dem Verdacht der Urkundenfälschung verhaftet und hinter Schloß und Riegel gesetzt. Der Verdacht vergrößerte sich durch die Vernehmungen immer mehr, so daß schließlich die gerichtliche Voruntersuchung gegen Hermann eröffnet wurde. Ganz plötzlich wurde Hermann jedoch seit aus der Haft entlassen. Wie man hört, hat der frühere sozialistische Justizminister Dr. Winterger die Staatsanwaltschaft beauftragt, einen entsprechenden Antrag beim Untersuchungsrichter zu stellen. Gleichzeitig läßt Winterger aus diesen einen Druck aus, indem er ihm offiziell mitteilen ließ, es läge gegen ihn erstattet worden sei. In Sachsen Hermann unter dem Druck und Einfluß gewisser Kreise.

Winterger ließ der Untersuchungsrichter sich unter diesem Druck des Justizministers zur Haftentlassung Hermanns unterdrücken, trotzdem er kurz vorher erklärt hatte, er denke nicht daran, die Haftentlassung auszusprechen und trotzdem Hermann über den Verbleib verhafteter Geiseln gebrochener Offenbarung jede Aussage verweigerte. Unmittelbar nach der Haftentlassung entzog der Generalsstaatsanwalt Oberländer, ein früherer linksstehender Rechtsanwalt, dem Oberstaatsanwalt die weitere Untersuchungsleitung mit der Erklärung, daß der Generalsstaatsanwalt, wolle die Untersuchung selbst führen. Der Zweck dieser Anstie und Maßnahmen ist so klar und durchsichtig, daß es sich nicht verlohnt, darüber noch ein Wort zu verlieren. Es handelt sich um einen Justizskandal alterer Ordnung, um einen Versuch, die bisher durcheinander sich und objektiv geführte Untersuchung zu verunfallen. Das Rechtsbehelfsrecht ist in Thüringen seit langem untergraben. Nun werden erneut die Augen ganz Deutschlands auf die eigenartigen Zustände im roten Thüringen gerichtet. Hebrigens befaßte sich, wie man hört, der Reichsjustizminister mit der Angelegenheit.

Zusätzlich ist seit Wochen der Wahlkampf mit Erörterung im Gange. Bürgerlich oder marxistisch, das ist die Frage, um die es am 10. Februar geht. Die bürgerlichen Parteien haben das Gebot der Stunde erkannt. Deutschland, Deutsche Volkspartei, Landbund und Demokraten haben sich zum „Thüringer Landtagsbund“ zusammengeschlossen und gehen mit einer gemeinsamen Liste vor. Die vaterländischen Verbände, das Zentrum, der Bauernbund und mehrere wirtschaftliche Organisationsunterstützen die Volkspartei des Landtagsbundes aus beste. Lediglich die Demokratische Arbeiterpartei hat sich nicht angeschlossen. Die Arbeiterpartei hat sich zum „Auf der Linien marschieren“ U. S. P. D. getrennt. Zwischen ihnen sind nur die U. S. P. D. Männer um Ledebour mit einer eigenen Liste auf dem Plan erschienen.

Neber den Ausgang der Wahl läßt sich heute natürlich noch nichts sagen. Er hängt davon ab, ob es den bürgerlichen Parteien gelingt, die Partei der Reichsmächter, die in Thüringen immer ganz besonders groß war, diesmal an die Wähler zu bringen. Gelingt das, so darf man mit einem sicheren, wenn vielleicht auch nicht allzu hohen Sieg des Bürgertums rechnen. Jedenfalls beanbruchen die Thüringer Landtagswahlen neben ihrer Bedeutung für Thüringen das Interesse des ganzen deutschen Volkes, denn sie vermögen im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen wertvolle Aufschlüsse über die Volkstimmung zu geben.

„Entweder oder“, Herr Feuerling!

Königsberg, 6. Februar. In einer gemeinsamen Sitzung des Provinzialparlamentes und der Kreisvereinsvorsitzenden des Reichsvereinsverbandes Thüringen der Deutschen Volkspartei wurde folgende Entschließung angenommen: Die in Königsberg in freier versammelten Vertreter der Deutschen Volkspartei Thüringens

Die Ermächtigungsgesetze nicht gegen die Konstitution

verstoßen. Zu Ermächtigungsgesetzen habe man übrigens nicht nur während der Kriegszeit seine Zuflucht genommen. Bereits 1897, meint der Redner, ist ein Ermächtigungsgesetz unterzeichnet worden, das der Regierung erlaubte, die Eise- und Ausfuhrzölle einzunehmen sowie gewisse Koefizienten zu verändern. Das Gesetz von 1916 betreffend das Kapitalausfuhrverbot wurde auch zu wiederholten Malen durch einen besonderen Erlaß verlängert. Macdonald wiederholt dann den Auffassung Herriots und Boncourts. Er sagt ferner, der Grundbesitzer des Sonderbereichs sei häufig angegriffen worden. Erkläre man sich die Gründe, die eine besondere Erlaß die französische Gesetzgebung in Eile-Schritte eingeleitet. Weiter sagt Poincaré, das Verwaltungsverfahren sei schwerfällig geworden und sein Rückvertrug funktioniere schlecht. Doch beabsichtige die Regierung nicht, wie Herriot es behauptet, das gesamte Staatswesen von Grund auf umzuorganisieren. Der Sonderbereich habe insofern vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, zum größten Teil kein Daseinsrecht, zumal insofern der Entwidlung des Verkehrsweises, verloren, das Departement dagegen sei der natürliche Mittelpunkt der Verwaltungseinheit. Man könne daher gewisse Organisationen abändern oder einrichten, ohne daß von ihrer völligen Aufhebung die Rede sei. Der Redner erweist sich dann in geschäftlichen Betrachtungen über den Ursprung des Bezirksreform. Zum Schluß erklärt er die Regierung komme nicht um unbefugte Vollmachten ein, doch müßte sie gewisse Befreiungen des Landes in Handlungen ausüben. Diese Handlungen würden erst

nach der Ratifizierung durch das Parlament endgültigen Wert erlangen. Die Befreiungen, die Paul Boncour und das Volk der Republik äußerte, bezeichnen Poincaré, Herriot und Paul Boncour seien ausgereinigte Republikaner, doch müßten sie auch anderen diese Eigenschaft zugehen und nicht auf ein Vorkrecht pochen. Die Regierung, so betont Poincaré erneut, wolle dem parlamentarischen Regime die Wiederkehr zum Vorbild nehmen. Man werde in Frankreich zwar nicht an Gedankenfreiheit, aber das Bedürfnis nach der Aktion mache sich immer fühlbarer. Am Interesse der Freiheit der Republik und der parlamentarischen Aktion bittet die Regierung daher das Parlament, ihr die Möglichkeit zu geben, diese Aktion zu unternehmen und die von dem ganzen Volk so eingehend erwartete Reform heranzuführen zu können. Der frühere Finanzminister Klotz ergreift nach Poincaré das Wort zu verschiedenen Einwänden gegen die Regierungsvorlage. Der Ministerpräsident erhoffe von ihnen Ergebnisse in der Höhe von 100 Milliarden zu erzielen. Dieses Resultat werde er insofern durch eine einfache Reform des Verwaltungsverfahrens nicht unterstützen. Er werde lediglich einige Millionen und nicht Milliarden, wie er behauptete, der Staatskasse zuführen können. Klotz erklärte schließlich, die Nationalversammlung allein habe das Recht, verschiedene Verfassungsbefreiungen abzuändern. Mit 335 gegen 18 Stimmen wird der Schluß der Debatte angenommen. Die Sitzung wird heute früh um 10 Uhr fortgesetzt.

Cailiaux prophezeit eine Linksregierung in Frankreich.

London, 6. Febr. „Daily Herald“ veröffentlicht einen Artikel aus der Feder Cailiaux. Der frühere französische Ministerpräsident kommt darin ausführlich auf die gegenwärtige Lage Frankreichs zu sprechen und sagt als Ergebnis für die kommenden Wahlen die Bildung einer Linksregierung voraus. Diese Regierung werde das Gegenstück zu dem englischen Arbeiterkabinett bilden. Die politischen Führer beider Länder, fügte Cailiaux hinzu, würden immer enger zusammenhängen und ohne Zweifel werden, die Interessen Frankreichs und Englands in Uebereinstimmung mit einer großzügigen europäischen Politik zu bringen.

Belgisch-englischer Botschaftsaustausch.

London, 6. Febr. Auf einem öffentlichen Diner hielt gestern abend der belgische Botschafter, Baron Monceur, eine Rede, in der er an die lange Freundschaft erinnerte, die zwischen England und Belgien und den Wälfen beider Länder bestünde. Die Belgier würden stets mit aufrichtigem Danke der englischen Hilfsbereitschaft, der englischen Offenbarkeit und der englischen offenen Hand gedenken. Sir Cecil Beckett, der früher einige Jahre englischer Generalkonsul in Belgien gewesen ist, wies darauf hin, daß die Befähigung der Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern über alle Zeit und über alle aus politischen oder anderen Umständen herbeizugewandenen Meinungsverschiedenheiten hinweg erhalten werden müßte. Belgien habe einen wunderbaren Wiederaufbau selbst vollzogen, ohne auf die Reparationen zu warten;

Schoeller Stahl Gesellschaft m. B.

Fernsprecher: 3025.

HALLE a. d. SAALE

Tel.-Adr.: Schoellerstahl.

Büro: Große Brauhausstraße 16/17

Lager: Große Brauhausstraße 24/28

Schnellarbeitsstähle

- „Schoeller-Pluto Spezial“
- „Schoeller-Pluto G“
- „Schoeller-Pluto Extra“
- „Schoeller-Pluto H P“

Spezialstähle, hoch legiert, für alle Verwendungszwecke

- „Schoeller-Spezial S G 12“ für Warmnietenbacken
- „Schoeller-Spezial Wz“ für pneumatische Werkzeuge
- „Schoeller-Spezial CTh“ für Pressarmgesenke
- „Schoeller Z N H 115“ für hochleistende Schnitte
- „Schoeller-Spezial K L S“ für Kaltloch-Stempel

Tiegelguss-Edelstähle

- „Schoeller-Superior“
 - „Schoeller-Prima“
- in allen Härtestufen

Schoeller-Werkzeug-Gussteile

- „Schoeller-Ares I“
 - „Schoeller-Ares“
 - „Schoeller-Prima“
- in allen Härtestufen

Schoeller-Konstruktionsstähle

- Schoeller-Steinbohrstähle
- Schoeller-Maschinenstähle
- Schoeller-Gesenk- u. -Warmmatrizenstähle
- Schoeller-Silberstahl
- Schoeller-Spiralbohrer

Reichhaltiges Lager in komprimierten, polierten Stahlwellen von 20-95 mm Ø.



Steinway & Sons
Blüthner-Ibach
Flügel u. Pianos
Alleinvertreter
B. Doll Hales
Gr. Ulrichstr. 33/34




Ed. Fleischer Söhne
Halle - S.
Spezialfabrik für
Aufwandsstunfer
Fellen u. Raspen
aller Sorten.
Seit 1856.
Neue Ia
Qualität
Fellen u. Raspen!

Sämtliche Sorten
Kohlen u. Koks
liefert prompt zu Syndikatspreisen
Handelsgesellschaft
„Glück Auf“ m. b. H.
Duisburg/Rhein,
Düsseldorfer Strasse 1.
Fernsprecher 3067.
Telegramm-Adr.: Glückaufhandel.



**Elektro-Normal-Uhr-
Gesellschaft**
Kaufmann & Co.
Halle a. d. S.
Anhalter Strasse 11. Fernsprecher 4539.
Vermietung, Verkauf, Instandhaltung
von
elektrischen Uhren mit Selbstaufzug, elektrischen Signal-Anlagen.
Verkauf
von
Arbeiter- und Personal-Kontroll-Apparaten, Wächter-Kontrolluhren,
Lohnkarten und Zubehörteilen
für sämtliche Systeme.
Kataloge und Angebote kostenlos, auf Wunsch Vertreterbesuch.

Carl Bormann & Co.
Kommandit-Ges. - Rohrengrosshandlung
Halle (S.) Fernspr.: 2634, 2570
Telegr.-Adresse: Röhrebornmann
Ständiges, gut sortiertes Lager in
Gas- u. Siederöhren
für jeden industriellen Zweck
ferner:
Stahlmuffen, Gussmuffen und
Flanschrohren



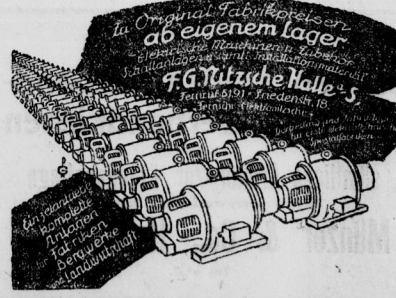
Roland G.m.b.H.
Halle a. S.
Tel. 5113
Liebenauerstr.
Reparatur
elektr.
Motore,
Anlasser,
Transform.
Dreschagen
Mitglied des Reichverbandes der
deutschen Reparatur-Werke elektr. Maschinen
An- u. Verbauf gebräuchter Motoren.

Das Zeichen hoher Qualität:

BREHMER
LIKÖRWEINE
Leipziger Straße 43

Hermann Kresse
Generalagenturen
Halle a. d. Saale, Brüderstraße 16
Telephon 3347
Versicherungen aller Art
Kostenlose Beratung in allen Versicherungsfragen
Vermittler hohe Provisionen

Gold-Schrankfabrik
Rud. Speck
Halle / S.
Marienstr.
Gehcim-Wandschränke
Telef. 6284
Gegr. 1864
Aus Lager-Vorrat
Sofort lieferbar!



Die Original-Fabrikate
ab eigenem Lager
Bestehende Maschinenfabrik
Schiffbau- und Maschinenbau
F. G. Nitzsche Halle - S.
Friedrichstr. 18
Friedrichstr. 18
Friedrichstr. 18

50% Stromersparnis
und mehr erreicht man durch
das neue Zeit-Spiegellicht
Ergebnis der Dpt. Werke Carl Seifh.
Jena, geeignet für Schaufenster, Läden,
Büros, Werkstätten usw.
Platzvertreter F. Dahme,
Friedrichstraße 11
Fernsprecher 5267

„Rhein-Oder“
Eisenhandels-Gesellschaft m. b. H.
Telegramm - Adresse **Halle-Saale** Fernsprecher 2517, 3212, 4395.
Rheinoder-Hallesaale
STABEISEN
FORMEISEN
MONIEREISEN
BANDEISEN
GROB-, MITTEL-, FEIN- UND RIFFELBLECHE
GRUBENSCHIENEN
Spezialität:
Präzis blankgezogenes Rundeisen.

Werkzeuge
für
Schlosser, Schmiede
Tischler,
Zimmerleute,
Bauhändler,
Klempner,
Sattler,
Brennwerker,
Fleischer usw.
Leonhardt & Schlesinger
Fernsprecher Nr. 6574, 6575, 4791,
Autogene Schweißanlagen.
257
Gaw- u. Möbel-
Beschläge
Granthellblech
Draht
Messingblech
Lötzinn
usw.

Benzin u. Benzol
liefert prompt
Ernst Reep, Halle (Saale)
Gr. Steinstr. 34. Fernruf 4760.

Bahnspedition G. Vester A.-G.
gegr. 1848.
Spedition
Möbeltransport
Lagerung
Fernspr.-Sammel-Nr. 7901.

